

Aachen, 28.11.2019

**Investitionen in Schulen, städtischen Wohnungsbau, Umwelt und Verkehr
GRÜNE Anträge zum städtischen Haushalt 2020 setzen Akzente. Kritik am „Verwalten des Stillstands“ durch Mehrheit und Kämmerin.**

Ein riesiger Investitionsstau von 140 Mio. EUR, viele nicht besetzte Personalstellen, fehlende Beschlüsse der Politik: Das sind zu einem erheblichen Teil die Gründe dafür, einen Haushaltsentwurf vorgelegt zu bekommen, der unter dem Strich tatsächlich eine schwarzen Null ausweist.

Der Preis für den ausgeglichenen Haushalt ist hoch. Die selbstgesteckten Ziele werden nicht erreicht und das hat auch damit zu tun, dass der Verwaltung die Unterstützung der Politik fehlt. Statt die notwendigen Entscheidungen zu treffen, werden immer wieder neue Untersuchungen und Konzepte verlangt, konkrete Beschlüsse vertagt.

Hinzu kommt, dass Prioritäten vollkommen falsch gesetzt werden. Während für die Sanierung des Neuen Kurhauses insgesamt 50 Mio. EUR zur Verfügung gestellt werden, fehlt das Geld für die Renovierung von Klassenzimmern oder die Sanierung von WC-Anlagen. Vor diesem Hintergrund ist die Streichung des Reparaturprogramms für die Aachener Schulen aus Sicht der GRÜNEN ein echter Skandal. Andere Themen wie Wohnungsbauprogramm sucht man vergeblich im Haushalt der Kämmerin.

Bei den anstehenden Beratungen in den Fachausschüssen wird sich die GRÜNE Fraktion einsetzen für:

- die Umsetzung der Ziele des Radentscheids
- den Ausbau des Aachener Busnetzes
- neue Busspuren und Schnellbuslinien vor allem in den Nordkreis
- ausreichend hohe Investitionen in den städtischen Wohnungsbau (es fehlen aktuell bis zu 5.000 Wohnungen)
- die Fortsetzung des Landesprogramm Soziale Stadt – was Aachen Ost und Nord einen Entwicklungsschub gebracht hat, wäre für Forst/Schönforst und Driescher Hof auch dringend nötig
- die Förderung von Photovoltaikanlagen
- die Pflanzung von neuen Bäumen und Ersatzpflanzungen im Straßenraum und noch viele andere Maßnahmen.

Die GRÜNEN Forderungen und Schwerpunkte zum städtischen Haushalt im Einzelnen anbei:

Sanierung Neues Kurhaus wichtiger als Sanierung von Schulen

Die Stadt setzt das Schulreparaturprogramm für 2020 aus. Aus „Kapazitätsgründen“ können Maßnahmen wie die Sanierung von WC-Anlagen oder die Renovierung von Klassenzimmern nicht wie geplant in Angriff genommen werden. Die Sanierung der Außenfassade des Schulzentrums in Laurensberg und des Inda-Gymnasiums kann aufgrund von Kostensteigerungen nicht wie geplant durchgeführt werden. Insgesamt fehlen hier 6 Mio. EUR. Aus der Not geboren schlägt die Verwaltung allen Ernstes eine so genannte Aufschubvariante vor. Drei Viertel der Fassade sollen jetzt saniert, der Rest zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt werden. Wenn gleichzeitig 9 Mio. EUR für die Sanierung des Neuen Kurhauses für das kommende Jahr im Haushalt stehen, werden hier ganz offensichtlich die Prioritäten falsch gesetzt.

Es fehlen aktuell 5000 Wohnungen

Auch in den städtischen Wohnungsbestand wird nicht so investiert wie es notwendig wäre. Die Baukosten steigen, die Mittel für die Sanierung und Instandhaltung des städtischen Wohnungsbesitzes nicht. Rund 2 Mio. EUR fehlen hier aus Sicht der GRÜNEN in den nächsten Jahren. Und auch bei der konkreten Sanierung einzelner Objekte kommt die Verwaltung nur sehr langsam voran, weil die entsprechenden Mittel im Haushalt fehlen.

Darüber hinaus fordern die GRÜNEN auch in diesem Jahr wieder, ein **städtisches Wohnungsbauprogramm** aufzulegen. Obwohl in Aachen in den letzten Jahren viel gebaut wurde, fehlen aktuell noch immer rund 5.000 Wohnungen. Der Anteil der Stadt am Aachener Wohnungsmarkt beträgt gerade einmal 1,5 %. Rechnet man die Wohnungen der GEWOGE hinzu, kommt man auf magere 4,5 %. Somit ist die Stadt kein ernstzunehmender Player auf dem Aachener Wohnungsmarkt. Und gerade im preiswerten Segment ist das Defizit besonders groß. Auf der anderen Seite sind die Zinsen für den Wohnungsbau so niedrig wie noch nie. Die GRÜNEN fordern deshalb, rund 50 Mio. EUR in den nächsten Jahren in den Bau städtischer Wohnungen zu investieren.

Landesprogramm Soziale Stadt in Forst, Schönforst und Driescher Hof fortsetzen

Nach Aachen-Ost und Aachen-Nord sollte aus Sicht der GRÜNEN das Landesprogramm Soziale Stadt in Forst, Schönforst und im Driescher Hof fortgesetzt werden. Auch hierfür sollen Gelder im Haushalt bereitgestellt werden. Auch hier geht es um die Sanierung und den Neubau von Wohnungen, aber auch um die Ansiedlung neuer Unternehmen, um die Infrastruktur im Stadtviertel, um die Förderung des örtlichen Einzelhandels und darum, den Driescher Hof als lebendiges, funktionsfähiges Quartier mit eigenem Quartierszentrum weiterzuentwickeln.

Konkret sollen Gelder schon in diesem Jahr bereitgestellt werden für die Sanierung der Offenen Tür im Driescher Hof und für die Erneuerung des Spielplatzes in der Königsberger Straße.

Baumbilanz: Aachen ist weit entfernt von selbstgesteckten Zielen

10.000 neue Bäume sollen bis 2030 neu gepflanzt werden. So lautet zumindest der Beschluss zum Masterplan 2030. Tatsächlich wurden bis heute ein paar hundert neue Bäume in die Erde gebracht. Abgestorbene Straßenbäume werden nicht ersetzt, neue Standorte nicht erschlossen. Damit muss jetzt nach dem Willen der GRÜNEN endlich Schluss sein. Die Verwaltung soll mit zwei Personalstellen bei der Planung und Umsetzung verstärkt werden. Alte Baumscheiben sollen nach Möglichkeit vergrößert, in jedem Fall aber neu bepflanzt werden.

Bürgerinnen und Bürger bei Energiesparen und Photovoltaik stärker beraten

Ergänzend zur Klimaschutz-Kampagne, für die die zur Verfügung stehenden Finanzmittel zumindest verdoppelt werden sollen, wollen die GRÜNEN Photovoltaikanlagen auf privaten Dächern fördern. Jede neue Anlage soll zusätzlich zu der Förderung durch die STAWAG mit städtischen Mitteln unterstützt werden. Ein Konzept für die fachliche Beratung und die finanzielle Förderung der Umsetzung soll dazu entwickelt werden. Auch beim Thema Energiesparen sollen die Bürgerinnen und Bürger zum Beispiel durch eine Fortsetzung des Gemeinschaftsprojekts EU-Gugel von STAWAG und GEWOGE konkret beraten werden. Und auch bei der Umwandlung von Schotter(vor-)gärten soll die Stadt beraten und unterstützen.

Radentscheid umsetzen und ÖPNV ausbauen

Wenn es gelingen soll, die Ziele des Radentscheids zügig umzusetzen, müssen erhebliche Finanzmittel zur Verfügung gestellt und ein konkreter Plan für die Umsetzung erarbeitet werden. Neun zusätzliche Planstellen hat die Verwaltung bereits in den Haushaltsentwurf eingeplant, um die zuständigen Fachabteilungen im erforderlichen Umfang zu verstärken.

Seit Jahren kommt die Realisierung der Radvorrangrouten nur im Schnecken-tempo voran. Immer wieder werden Beschlüsse nicht gefasst, weil die Neuplanung mit dem Verlust von Parkplätzen einhergeht. Hier muss die Politik dennoch die Entscheidungen treffen. Um den Pendlerinnen und Pendlern, die noch auf das Auto angewiesen sind, Alternativen aufzeigen zu können, welche Parkhäuser oder Parkplätze für Anwohnerinnen und Anwohner zu welchen Bedingungen zur Verfügung stehen könnten, soll ein Gutachten „Parken in Aachen“ in Auftrag gegeben werden.

Daneben muss aus Sicht der GRÜNEN der ÖPNV konsequent ausgebaut werden. 5 Mio. EUR jährlich sollen zur Verfügung gestellt werden, um mit städtischen Mitteln das Leistungsangebot der ASEAG kurzfristig auszuweiten. Auf den großen Ein- und Ausfallstraßen sollen Busspuren eingerichtet und weitere Schnellbuslinien eingerichtet, vorhandene Linien verstärkt werden.

Mit einem neuen Busnetzgutachten soll die Neukonzeption des Netzes mit zusätzlichen Knotenpunkten und eine mögliche Leistungsausweitung in Stadt und Städtereion untersucht werden. Außerdem soll der Bahnhof West zu einem Verkehrsknotenpunkt am Campus West entwickelt werden. Auch hier wollen die GRÜNEN Planungsmittel zur Verfügung stellen.

Mehr Geld für die Freie Kultur und von Bürgervereinen getragene Kulturorte

Die GRÜNEN wollen sich in den Haushaltsberatungen mit den anderen Fraktionen zudem für eine stärkere Förderung der Freien Kultur einsetzen, „Mittel für von Bürgervereinen getragene Kulturorte“ wie der Burg Frankenberg, dem KuKuK, dem Franz oder dem Musikbunker bereitstellen und ein Sonderbudget für Projekte, die künstlerische Arbeit und Wissenschaft und Technologie verbinden, auflegen. Insgesamt soll hierfür der Gesamtetat des Kulturbetriebs um 250.000 EUR aufgestockt werden.